



## GdP IM GESPRÄCH MIT STAATSEKRETÄR LEWENTZ

**Personalnot Dauerthema**

**Trotz geplanten 600 Neueinstellungen in den beiden nächsten Jahren bleibt die Personalnot der Polizei Dauerthema. Gegenüber Staatssekretär Roger Lewentz kritisierte die GdP die geringe Stärke in den Schichten und Kommissariaten. Bei dem Gespräch zu Fragen des Landshaushaltes ging es auch um Beförderungen, Besoldungs- und Organisationsfragen.**

Wenn auch im Bundesvergleich die Einstellung von 300 Polizeianwärterinnen und -anwärtern in den Jahren 2007 und 2008 ein positives Zeichen für die Sicherheit setzt, so darf man nicht verkennen: Die Polizei des Landes ist hoch belastet und die Personaldecke ist an allen Ecken und Enden zu kurz. Schon Ende 2005, so die GdP im Gespräch mit dem neuen Innenstaatssekretär Roger Lewentz, sei die Bugwelle an aufgelaufener Mehrarbeit auf über 1,4 Mio. Stunden angestiegen. Dazu kämen die vielen Stunden aus dem WM-Einsatz. Zusätzliche Aufgaben, beispielsweise in der Terrorbekämpfung oder infolge wirtschaftlicher Prosperität wie die Flughäfen Hahn und Zweibrücken zeigten deutlich, dass beim Personalstand nachgelegt werden müsse. Lewentz räumt ein, dass die Lage angespannt ist. Die tatsächliche Personalstärke werde aber aufgrund der schon vorgenommenen größeren Einstellungsraten in den nächsten Jahren etwas über die Zielstärke 9000 steigen, dann aber aufgrund der höheren Ruhestandsversetzungszahlen wieder sinken. Aus Sicht der GdP ist das auch das absehbare Resultat der heraufgesetzten Pensionsgrenzen. Unbedingt müsste mit zusätzlichen Einstellungen im Beamten- und Beschäftigtenbereich für Entlastung gesorgt werden.

Falsch, so die GdP, sei die Entscheidung zur Absenkung der Eingangsbesoldung für die FH-Absolventen der Polizei.

Bei rückläufiger Bewerberzahl, Qualitätsproblemen und steigendem Personalbedarf wäre die Kürzung der Besoldung kontraproduktiv. Lewentz sagte zu, die Auswirkungen der geplanten Änderung des Besoldungsgesetzes genau zu beobachten.



**V. l. n. r.: Rainer Leubecher, Dieter Täffler, Bernd Becker, Roger Lewentz, Ernst Scharbach, Margarethe Relet und Michael Buchstäber**

Die Besoldung der Beamten sei generell in den letzten Jahren über Maß gekürzt worden. Allein die Verminderung des Weihnachts- und Urlaubsgeldes habe zu einem Minus von 3,6% geführt. Hinzu kämen zwei Nullrunden in Folge und jetzt die von Ministerpräsident Kurt Beck angekündigte Anhebung um je 0,5% für die beiden nächsten Jahre. Das rechne sich auf rund 10% Minus, kritisierte GdP-Vorsitzender Ernst Scharbach. Der Landesetat lasse keine größeren Sprünge zu, argumentierte der Staatssekretär.

Das Land brauche noch über mindestens fünf Jahre eine positive Einkommensentwicklung, um zum Etatausgleich zu kommen. In diesem Kontext sei aber herauszustellen, dass bei der Fortführung der zweigeteilten Laufbahn Kurs gehalten wird. Bis Ende 2008 seien 95% aller Polizeistellen dem gehobenen und höheren Dienst zugeordnet.

Intensiv wurde über Organisationsfragen insbesondere der Kriminalpolizei diskutiert. Die Themenpalette beinhaltete die Anbindung und den Zuschnitt von Inspektionen und Kommissariaten, Fahndung, Bereitschafts- und Dauerdienst, die Jugendsachbearbeitung und Zuständigkeitsfragen. Den von der GdP vorgetragenen Positionen nähere Informationen liegen bei unseren Kreisgruppen vor – konnte Roger Lewentz viel abgewinnen. Der Meinungsaustausch in diesen Punkten wird in den nächsten Wochen vertieft.

Weitere Gesprächsthemen waren der neue TV-L und seine Umsetzung, das Gesundheitsmanagement für die Polizei und Fragen der Datenverarbeitung.

TW

## AKTUELL IN DIESER AUSGABE

■ **ETATBERATUNGEN**  
Seite 2

■ **GdP VOR ORT IN LUDWIGSHAFEN**  
Seite 3

■ **NEUER TARIFVERTRAG**  
Seite 4

■ **DGB-GESPRÄCH**  
Seite 5

■ **AUS DEM HPRP**  
Seite 6

■ **AUS DEN BEZIRKS- UND KREISGRUPPEN**  
Seite 8

## GdP und PSW im Internet:

<http://www.gdp-de/Rheinland-Pfalz>

<http://www.psw-rp.de>

<http://www.psw-reisen.de>

E-Mail:

[gdp-rheinland-pfalz@gdp-online.de](mailto:gdp-rheinland-pfalz@gdp-online.de)

[psw-rp@gdp-online.de](mailto:psw-rp@gdp-online.de)

[psw-reisen-rp@gdp-online.de](mailto:psw-reisen-rp@gdp-online.de)

# Polizeihaushalt verabschiedet

**Der Landtag hat in seiner Sitzung im Dezember den Landeshaushalt 2007 und 2008 verabschiedet. Für die Personalentwicklung der Polizei bedeutet dies: Es werden 600 neue Anwärter eingestellt und die zweigeteilte Laufbahn mit Übernahme nach FH sowie Bewährungs- und ASA-Aufstieg läuft weiter. Einbrüche sind aber bei den Beförderungen zu erwarten.**

Freude und Enttäuschung liegen bei Auswertung der Haushaltszahlen ganz nah beieinander. Rheinland-Pfalz bleibt bei der Bewertung der Polizei im Bundesvergleich in der Spitze. Bis auf knapp 400 Stellen ist bis Ende 2008 die Einstufung der Stellen in den gehobenen und höheren Dienst geschafft. Alle

FH-Absolventen können zu Kommissaren ernannt werden, ebenso die 300 ASA-Absolventen. Am Bewährungsaufstieg können in den zwei Jahren 280 Kolleginnen und Kollegen teilnehmen. Weit schlechter sieht es bei den anderen Beförderungen aus. Die Landtagsfraktionen haben sich nicht dazu durchringen

können, zusätzliche Stellenhebungen für den gehobenen Dienst freizugeben. Das bedeutet ein dickes Minus an Beförderungsmöglichkeiten im Vergleich zu 2006. Lediglich für den höheren Polizeidienst wurden fünf Stellenhebungen nach A 15 eingeräumt. Darüber hinaus gibt es nächstes Jahr fünf neue Stellen im höheren Polizeidienst für die Einrichtung der Anti-Terrordatei.


Im Tarifbereich bleibt es bei dem schon berichteten Spezialistenprogramm mit einigen zusätzlichen Stellen. Insgesamt setzt sich aber der Personalabbau bei den Beschäftigten infol-

ge der Budgetkürzungen fort. Die geplanten Hochbaumaßnahmen einschließlich Neubau des PP Trier können laufen. Für Bekleidung und Sachausstattung bleibt es bei den im Etatentwurf eingestellten Mittelanträgen. Engpässe sind bei den Energiekosten zu erwarten, denn die vorgesehen Mittel decken nicht die absehbaren Mehrkosten infolge Preissteigerung und Steuererhöhung. „Dann müssen im Winter die Streifenwagen halt in der Garage bleiben“, prognostiziert die GdP heute schon vermeidbaren Ärger.

TW



**Gut,  
dass es  
sie gibt.**  
Gewerkschaft der Polizei



**Deutsche  
Polizei**

**Ausgabe:**  
Landesbezirk Rheinland-Pfalz  
**Geschäftsstelle:**  
Nikolaus-Kopernikus-Straße 15  
55129 Mainz  
Telefon (0 61 31) 96 00 90  
Telefax (0 61 31) 9 60 09 99  
Internet: <http://www.gdp-rp.de>  
E-Mail: [gdp-rheinland-pfalz@gdp-online.de](mailto:gdp-rheinland-pfalz@gdp-online.de)

**Redaktion:**  
Jürgen Moser (v.i.S.d.P.)  
Polizeipräsidium Westpfalz  
67621 Kaiserslautern  
Telefon (06 31) 3 69 23 13  
Telefax (06 31) 3 69 23 14  
E-Mail: [jmoser@gdp-online.de](mailto:jmoser@gdp-online.de)

**Verlag und Anzeigenverwaltung:**  
VERLAG DEUTSCHE  
POLIZEILITERATUR GMBH  
Forststraße 3 a, 40721 Hilden  
Telefon (02 11) 71 04-1 83  
Telefax (02 11) 71 04-1 74  
Anzeigenleiter: Daniel Dias  
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 29  
vom 1. Januar 2005

**Herstellung:**  
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG  
DruckMedien  
Marktweg 42-50, 47608 Geldern  
Postfach 14 52, 47594 Geldern  
Telefon (0 28 31) 3 96-0  
Telefax (0 28 31) 8 98 87  
ISSN 0170-6470

## BUNDESKONGRESS



**Rheinland-Pfälzer sind in die Führung der GdP eingebunden. Beim GdP-Bundeskongress 2006 in Berlin wurde Ernst Scharbach erneut in den Bundesvorstand gewählt. Dem Bundeskontrollausschuss gehört Gerhard Remmet an. Das Foto zeigt die rheinland-pfälzischen Kongressteilnehmer mit dem wiedergewählten GdP-Bundesvorsitzenden Konrad Freiberg.**

# JureLU – Sachbearbeiter am Limit

**Dem Kollegen Jörg Hassler, Chef der polizeilichen Sachbearbeiter im Haus des Jugendrechts in Ludwigshafen, merkt man an, dass er mit vollem Engagement dabei ist. Klage auf hohem Niveau ist ihm und seinen Kolleginnen und Kollegen des „JureLU“ fremd. JureLu, das ist das Haus des Jugendrechts in Ludwigshafen, das sich seit 1. September 2005 im Echtbetrieb befindet und jetzt Ziel eines GdP-Besuchs war, den Lisa Nickel und Hans-Jürgen Ladinek am Rande des Landesdelegiertentages der GdP initiiert hatten.**

Im JureLU arbeiten Polizei, Staatsanwaltschaft und Jugendamt bzw. Pfälzer Verein für Straffälligenhilfe nach vereinbarten Regeln zusammen, um den Forderungen des Jugendgerichtsgesetzes (JGG) besser nachkommen zu können. Die wichtigsten Regeln sind: Umstellung von Delikts- auf Täterorientierung und strikte Einhaltung des Wohnortprinzips. In jedem Verfahren spielen von Anfang an Prävention und Erziehung eine Rolle und die Konsequenzen eines Fehlverhaltens werden so schnell wie möglich vermittelt. „85% unserer Kunden sehen wir nie wieder“, weiß Hassler folgerichtig zu berichten, erklärt aber auch, dass er und seine Mannschaft sich gerne noch eingehender mit den auf der anderen Seite vorhandenen jugendlichen Intensivtätern befassen würden. Durch die Ar-

beitsweise des JureLU seien die Fallzahlen explodiert. In der Hochrechnung für das Jahr 2006 werden elf Sachbearbeiter für 3500 PKS-Fälle verantwortlich gezeichnet haben. Die allgemeine Prävention liegt nahe Null, schildern die Jugendsachbearbeiter im Gespräch mit GdP-Chef Ernst Scharbach sowie dessen Vertretern Heinz Werner Gabler und Bernd Becker. „Es gibt bei uns Schwerpunktschulen, an denen es nicht sein kann, dass sich dort vier Wochen kein Polizist sehen lässt“, meint Jörg Hassler energisch und teilt mit, dass im Vorfeld des GdP-Besuchs bekannt geworden sei, dass das JureLU um einen SB verstärkt werden solle.

Schwierig sei es gewesen, den Bearbeitungsanteil der Kriminalpolizei richtig einzuschätzen; man liege mit einem Anteil von drei Kriminalbeamten aber ge-



**Vor den Besuchen im Haus des Jugendrechts und bei der PI 1 trafen sich die GdP-Leute mit Herrn PP Fromm sowie dem Leiter Polizeieinsatz und dem Leiter der Polizeidirektion Ludwigshafen zum Austausch. Beim Besuch der Polizeiinspektion 1 spielten insbesondere die Probleme eine Rolle, die mit der Unterbringung und der Altersstruktur einhergehen. V. l. n. r.: Ernst Scharbach, Jörg Hassler, Franz Leidecker, Bernd Römer, Wolfgang Fromm, Udo Fremgen, Bernd Becker**

nau richtig. Die Unterbringung des JureLU sei in Ordnung, allerdings komme zu dem zu geringen Personalstand noch hinzu, dass ein Teil des Personals zu häufig ausgetauscht werde und bisher aus den Ermittlungskommissariaten der Kriminalinspektion niemand Interesse gezeigt habe, mitzumachen. Als schwerwiegendes Problem für die erfolgreiche Fortsetzung des Projekts werten die Jugendpolizistinnen und -polizisten, dass die beiden zuständigen Staatsanwälte nicht den erforderlichen Freiraum haben. In der gesamten Laufzeit sei es erst zu zwei Fallkonferenzen zusammen mit der StA gekommen. Geplant sei gewesen, dass die StA dreimal wöchentlich im Haus sei, mittlerweile gebe es Kontakte nur noch „auf Zuruf“. Trotzdem sei die Zusammenarbeit inhaltlich gut; die meisten Verfahren werden mit Diversion abgeschlossen und es gelingt, frühzeitig verfahrensökonomische Festlegungen zu treffen.

Am Schluss war klar: Das JureLu benötigt mindestens zwei zusätzliche Sachbearbeiter. Andrea Shoeyb, JSB im JureLU,

brachte es auf den Punkt: „Die Arbeitsbewältigung ist nur wegen der guten Teamarbeit möglich, aber viele arbeiten am Limit“.

## KOMMENTAR:

Die Jugendsachbearbeiter haben im ganzen Land eine hohe Fallbelastung. Dass ausgerechnet das JureLU dabei in der Spitzengruppe sein muss, ist nicht einzusehen; schließlich bestehen dort noch deutlich höhere Ansprüche an die Arbeit. Dank des hohen Engagements der Kolleginnen und Kollegen werden offenbar die Ziele einer solchen Einrichtung trotzdem erreicht. Für die Jugendsachbearbeitung im Rest des Landes sollten wir aus dieser Arbeit noch dazulernen und beispielsweise über die konsequente Anwendung des Wohnortprinzips nachdenken. Die Staatsanwaltschaft muss im Projekt präsenter werden, um es nicht zu gefährden. Das wird auch Thema beim bevorstehenden GdP-Gespräch mit dem neuen Justizminister Bamberger sein, ebenso wie die Schaffung einer Möglichkeit zur geschlossenen Unterbringung von Kindern und Jugendlichen in Rheinland-Pfalz.

**Bernd Becker**

## JUSTIZ UND POLIZEI

Zu kriminalpolitischen Fragen und konzeptionellen Erwägungen der Kriminalitätsverbeugung und -bekämpfung führt die GdP einen regelmäßigen Meinungsaustausch mit Vertretern der Justiz. Im Rahmen der Gesprächs- und Veranstaltungsreihe steht im Frühjahr ein Besuch beim neuen Justizminister Dr. Heinz Georg Bamberger an. Dabei geht es besonders um die Themen Gewalt in engen sozialen Beziehungen sowie Umgang mit zunehmender Jugendstraffälligkeit und um die Einrichtung von Häusern des Jugendrechts.

# Neues Tarifrecht

Seit 1. 11. 2006 gilt für die Beschäftigten der Länder der neue Tarifvertrag TV-L. Für die ehemaligen Angestellten und Arbeiter/Innen gelten erstmals einheitliche Einkommens- und Arbeitsbedingungen. Zudem wurde ein gesonderter Tarifvertrag (TVÜ-Länder) vereinbart, der den „finanziellen Besitzstand“ für bereits vor dem 1. 11. 2006 Beschäftigte regelt. Die Überleitung dieser Personengruppe in das neue Tarifrecht erfolgte in zwei Schritten:

**Schritt 1:**

Zuordnung der bisherigen Vergütungs- bzw. Lohngruppen zu einer Entgeltgruppe durch die personalverwaltenden Dienststellen. Hierüber muss jede/jeder Beschäftigte eine Mitteilung erhalten haben. Wir empfehlen, diese zu prüfen und bei evtl. Unstimmigkeiten schriftliche Einwände zu erheben.

**Schritt 2:**

Ermittlung des Vergleichentgelts und Zuordnung zu einer Stufe der neuen Entgeltgruppe durch die Bezüge zahlenden Stellen (OFD). Auch hierüber erhalten alle Beschäftigten eine Mitteilung. Aufgrund der Vielzahl der Vergleichsberechnungen, die die OFD zu erstellen hat, kann sich diese Mitteilung hinauszögern. Aus diesem Grunde wurden ab 1. 11. 2006 die Bezüge zunächst grundsätzlich als Abschlagszahlungen weitergezahlt (nach bisherigem Recht und unter Vorbehalt). Kinderbezogene Entgeltbestandteile/Sozialzu-

schläge und Zulagen (Programmierzulage, Technikerzulage, Bewährungszulage und Funktionszulage für Schreibkräfte pp.), die nicht mit in das Vergleichsentgelt eingehen, werden zukünftig als persönliche Besitzstandszulage weitergezahlt. Auch hier raten wir dringend, die Mitteilungen über das Vergleichsentgelt, die Stufenzuordnung und die Besitzstände genauestens zu prüfen und im Bedarfsfall ebenfalls schriftliche Einwände zu erheben (Ausschlussfrist von sechs Monaten beachten).

**Arbeitszeit:**

Die durchschnittliche regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit wurde in Rheinland-Pfalz auf 39 Stunden festgelegt. Hier von ausgenommen sind Beschäftigte, die ständig Wechselschicht- oder Schichtarbeit leisten, sowie die Kfz-Werkstätten; für sie bleibt es bei 38,5 Stunden. Für Beschäftigten in Altersteilzeit bleibt es bei der vertraglich festgelegten Arbeitszeit. Sie sind von einer allgemeinen Arbeitszeitverlängerung ausgenommen; dementsprechend reduzieren sich bei ihnen Entgelt und Aufstockungsbeträge.

**Krankenbezüge:**

Ab 1. 11. 2006 werden Krankenbezüge für alle Beschäftigten längstens bis zum Ende der 6. Woche fortgezahlt. Der Krankengeldzuschuss wird statt wie bisher bis zum Ende der 26. Woche nunmehr längstens bis zum Ende der 13. Woche gezahlt (nach mind. einem Jahr Beschäftigungszeit)

und bis zum Ende der 39. Woche (nach mind. drei Jahren Beschäftigungszeit). Ausnahme: Beschäftigte, deren Arbeitsverhältnis vor dem 1. 7. 1994 begonnen hat und fortbesteht, die in der privaten Krankenversicherung versichert sind oder freiwillig in der gesetzlichen Krankenversicherung versicherte, die bis Ende des Jahres 2006 dies beantragt hatten. Für sie besteht weiterhin ein Entgeltfortzahlungsanspruch bis zu 26 Wochen.

**Besondere Zahlungen**

Der Anspruch auf vermögenswirksame Leistungen bleibt bestehen.

Beschäftigte erhalten ein Jubiläumsgeld bei Vollendung einer Beschäftigungszeit von 25 Jahren in Höhe von 350 Euro, von 40 Jahren in Höhe von 500 Euro. Teilzeitbeschäftigte erhalten das Jubiläumsgeld in voller Höhe. Zusätzlich wird weiterhin ein freier Arbeitstag gewährt. Das Sterbegeld bleibt erhalten.

**Beihilfe**

Ein bisher noch bestehender Anspruch auf Beihilfe bleibt erhalten.

**Resturlaub**

Für die Übertragung des Resturlaubs 2006 in das Jahr 2007 gilt weiterhin das Rundschreiben des Ministeriums der Finanzen vom 28. 5. 2002. Demnach verfällt der Urlaub, der nicht bis zum 30. 9. des Folgejahres abgewickelt wurde. Für das Urlaubsjahr 2007 gelten die Bestimmungen des TV-L.

*Anne Knewitz*

**KURZ & KNACKIG**

■ **Schütte gewählt**

Ingo Schütte von der PAST



Gau-Bickelheim ist der neue Vorsitzende der GdP-Bezirksgruppe Mainz.

Der 30-jährige Schutzpolizist übernimmt die Funktion vom langjährigen Vorsitzenden Horst Vinhoven, der im Frühjahr in den Ruhestand geht.

■ **In Zivil im Zug**

Die GdP ist nach wie vor am Ball, um für Polizistinnen und Polizisten in Zivilkleidung eine Regelung für das kostenlose Fahren in Zügen und Bussen zu erreichen. Die DB hatte zunächst eine Vereinbarung abgelehnt. Das ISM soll nachbohren und parallel mit Regionalgesellschaften Verträge schließen, fordert die GdP. Schließlich würden die „Kofferbombenanschläge“ zeigen, dass mehr Sicherheit in Bussen und Bahnen angebracht ist.

■ **Untragbar**

Ein Polizeibeamter, der während seines Dienstes einen Ladendiebstahl begeht und dabei sowohl seine Uniform trägt als auch seine Dienstwaffe bei sich führt, ist in der Regel aus dem Polizeidienst zu entlassen, entschied das OVG Rheinland-Pfalz (Urteil vom 25. Oktober 2006, Az.: 3 A 11094/06.OVG)

**SCHIESSAUSBILDUNG**

# AG eingesetzt

Das ISM setzt zur Analyse des polizeilichen Schießtrainings auf Landesebene eine Arbeitsgruppe ein. Kollege POR Thomas Fischbach leitet die Arbeitsgruppe und kann auf sach- und fachkundige Kollegen/In-

nen aus den Behörden und Einrichtungen zurückgreifen. Aufgrund der dezentralen Gegebenheiten zur Gewährleistung des Schießtrainings und unter Einbeziehung der vorliegenden Ergebnisse der verantwortli-

chen Runde der Schieß- und Einsatztrainer sind die Auswirkungen auf das Schieß- und Einsatztraining aufzuzeigen und Vorschläge zur flächendeckenden Umsetzung nach dem Standard der PDV 211 – neu – zu erarbeiten. Die Betrachtungsfelder der Arbeitsgruppe sind: Durchführung des Schießtrain-

ings in der Ausbildung und des Schieß- und Einsatztrainings in der Fortbildung, Anzahl/Auswahl und Qualifizierung der Schieß- und Einsatztrainer und die Erforderlichkeiten ergänzender landesweiter Richtlinien. Für den Hauptpersonalrat Polizei nimmt Helmut Knerr an der AG teil. **HK**

# Gespräch mit Bundestagsabgeordneten

**Zu einem zwischenzeitlich bereits traditionellen alljährlichen intensiven Gedankenaustausch mit den rheinland-pfälzischen Bundestagsabgeordneten fanden sich am 21. 11. 2006 die Vertreter des DGB und seiner Einzelgewerkschaften in der Vertretung des Landes Rheinland-Pfalz in Berlin ein.**

DGB-Landesvorsitzender Dietmar Muscheid hob zu Beginn der Gespräche die Wichtigkeit dieser Art des Gedankenaustausches hervor.

„Die Erörterung und Verdeutlichung, ggfls. auch durch unterschiedlicher Positionen ermöglichen erst eine gedeihliche Zusammenarbeit für unsere Kolleginnen und Kollegen und erbringt so einen erheblichen Mehrwert für beide Seiten!“, so sein Eingangsstatement.

Eine Vielzahl von berufsspezifischen aktuellen Themen standen dann auch auf der Agenda des ca. vierstündigen Meinungsaustausches.

Hierzu gehörten u. a.:

Die Gesundheitsreform, Altersteilzeit, die Reform der Alterssicherungssysteme inkl. der Rente mit 67 sowie die Fortführung des Programms zur Hospitation im Deutschen Bundestag.

Zur Frage der Ausbildungsplatzsituation in RLP wurde, wegen der Komplexität des Themas ein Expertengespräch vereinbart.

## Gesundheitsreform

Andrea Nahles erläuterte ausführlich die derzeitigen Entwicklungen in der pol. Diskussion um die Gesundheitsreform.

Danach ist zurzeit nicht davon auszugehen, dass im rheinland-pfälzischen Beamtenbereich das System von Beihilfe und privater Versicherung verändert werden wird.

Einen breiten Raum nahm der auch in der Öffentlichkeit bereits extensiv diskutierte Beschluss der SPD-Bundestagsfraktion zur Umsetzung der Maßnahmen der Alterssiche-

rung aus der Fraktionssitzung vom 24. 10. 2006 ein.

## Regelaltersgrenze

Die dort vorgesehenen Regelungen zum Thema „Rente mit 67“ werden auch intensive Auswirkungen auf den Beamtenbereich haben.

Es heißt dort:

„... Aus diesem Grund ist die Anhebung der Regelaltersgrenze auf 67 Jahre geboten. Eine entsprechende Anhebung ist im Grundsatz auch für alle anderen Rentenarten erforderlich. Von diesem Grundsatz weichen wir nur in besonders begründeten Ausnahmefällen ab.

... Die Anhebung der Regelaltersgrenze von 65 auf 67 Jahre wird entsprechend auf die Bereiche ... des Bundesbesoldungsgesetzes ... übertragen ...

Daher werden die Maßnahmen in der gesetzlichen Rentenversicherung unter Berücksichtigung der Unterschiedlichkeit der Systeme wirkungsgleich in das Versorgungsrecht der Beamten übertragen.“

## Besondere Bedingungen im Polizeibereich

Diese Aussagen waren für den GdP-Vertreter, unseren Kollegen Alfons Meyer, Anlass, auf die besonderen Bedingungen im Polizeibereich hinzuweisen.

Nachdem, anders als im Bereich der Feuerwehren und der Justizvollzugsbeamten, für die Polizeibeamten durch die Änderung des § 208 LBG in Rheinland-Pfalz die besondere Altersgrenze bereits in den vergange-

nen Jahren von 60 auf bis zu 65 Jahre heraufgesetzt worden ist, sollten, auch bereits auf Bundesebene, den Ländern zumindest für weitere Anhebungen in diesem Bereich eindeutige Schranken auferlegt werden.

„Bei den derzeitigen und künftig noch mehr zu erwartenden Gefährdungslagen auch im tagtäglichen Dienst ist es unverantwortbar, Polizeibeamte über 60 Jahre hinaus z. B. im Streifen- und Wechselschichtdienst einzusetzen“, so seine eindringliche Mahnung.

So wie bereits im vorliegenden Papier für die Landwirte Ausnahmeregelungen vorgesehen sind, muss auch für Polizeibeamte eine angemessene Berücksichtigung der besonderen Belastungen des Polizeidienstes erfolgen.

Dies sei dringend geboten und verdeutliche darüber hinaus auch den Kolleginnen und Kollegen, dass die Politik die allseits bekannten besonderen Belastungen des Polizeidienstes auch tatsächlich berücksichtigt.

Es reiche nicht aus, in vielen, sicherlich wohlgemeinten anerkennenden Sonntagsreden immer wieder die Arbeit der Polizei zu loben, ihr dann aber die gebotene Wertschätzung zu verweigern.

Es sei allerdings zu bedenken, so die Abgeordneten, dass neben der Polizei auch weitere Berufsgruppen wie z. B. die Feuerwehren und den Justizvollzugsdienst mit zu betrachten seien.

## Verhandlungsspielraum gesehen

Da zurzeit bereits eine unterschiedliche Behandlung gerade dieser erwähnten Berufsgruppen erfolge (sowohl für die Berufsfeuerwehr als auch für die JVA-Beamten wurden die Altersgrenzen in der Vergangenheit nicht verändert) sahen die Abgeordneten durchaus Verhandlungsspielraum.

In der lebhaften Diskussion wurden die Argumente zur Kenntnis genommen und werden mit in die noch im Detail zu führende politische Diskussion eingebracht, so die Zusage der Abgeordneten

Eine absolut positive Bewertung beider Seiten erfuhr sodann die kürzlich durchgeführte Hospitation von jungen Gewerkschaftsmitgliedern bei den Abgeordneten der SPD-Bundestagsfraktion. An dieser Hospitation hatten vier GdP-Kolleginnen und Kollegen teilgenommen, die diesen positiven Eindruck ebenfalls bereits kundgetan hatten. Auf beiderseitigen Wunsch wurde die Fortführung des Programms auch in der Zukunft beschlossen.

Weitere Themen wie Föderalismusreform, Privatisierung der Bahn AG, Mindestlohn/Kombilohn und Arbeitsmarktreform rundeten den Gedankenaustausch sodann ab.

AM

Anzeige

## Neues Auto?

Günstige Konditionen beim

Polizeisozialwerk  
Rheinland-Pfalz GmbH  
0 61 31 – 9 60 09 31

# Zusätzliches Personal benötigt

**Der HPRP hat den personellen Maßnahmen im höheren Dienst zum 1. Januar 2007 zugestimmt – die weiteren Maßnahmen wurden ausgesetzt, da noch erheblicher Erörterungsbedarf geltend gemacht wird.**

Den Konzeptionen Korruptionsbekämpfung, Menschenhandel, Schleuserkriminalität und Internetrecherche stimmte der HPRP zu – und verband die Zustimmung mit der Kritik, dass für diese weiteren Aufgaben zusätzliches Personal erforderlich



ist. Für die betroffenen Kolleginnen und Kollegen konnte der HPRP im Gespräch mit den Koll. Wolfgang Hertinger und Dieter Täffler in der Sitzung erreichen, dass der Übertragung der Sachgebiete eine entsprechende Ausschreibung vorangehen muss und dass damit die Möglichkeit der Beförderung im Sinne des „herausgehobenen Sachbearbeiters“ – unabhängig von den konkreten Beförderungsmöglichkeiten – eröffnet wird.

*Der Vorstand*

## DIGITALFUNK

# Können Sie mich aufnehmen?

Das ISM gab mit der Einrichtung der Projektgruppe Digitalfunk BOS Rheinland-Pfalz (DiFu RP) den Startschuss zur Einführung des Digitalfunks für die Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben in Rheinland-Pfalz. Bund und Länder haben sich in der Anfang 2004 abgeschlossenen Dachvereinbarung verpflichtet, gemeinsam das Ziel zu verfolgen, ein mit einer einheitlichen Technik ausgestattetes, digitales Sprech- und Datenfunksystem einzuführen und als Gesamtnetz bis spätestens 31. 12. 2010 in Betrieb zu nehmen. Damit diese Aufgabe erfüllt werden kann, wurde die Projektgruppe „DiFu RP“ gegründet.

**Die Projektziele und Aufgaben sind formuliert in den Punkten:**

- Gewährleistung des Aufbaus eines digitalen Funknetzes für die Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS) auf Basis des Versorgungsauftrages des Landes RP

- Sicherstellung der Ausstattung der Anwender der BOS mit den erforderlichen Endgeräten
- Gewährleistung der Implementierung abgestimmter Betriebs- und Migrationskonzepte mit Beginn des erweiterten Probebetriebs
- Sicherstellung, dass die Anwender aufgabenorientiert Technik und Betrieb des Digitalfunks BOS beherrschen
- Gewährleistung der Akzeptanz der Anwender und Standortungsträger für alle im Zusammenhang mit der Einführung des Digitalfunks erforderlichen Maßnahmen
- Gewährleistung einer professionellen Durchführung des Projektes Digitalfunk BOS Rheinland-Pfalz
- Bildung und Erhaltung eines leistungsstarken und funktionsfähigen Projektteams. Hierzu ist die Erstellung eines Personalauswahlverfahrens durch die PG-Leitung erforderlich. Gleichfalls obliegt es der Leitung der Pro-

jektgruppe, zielgerichtet Aus- und Fortbildungsmaßnahmen für die PG-Mitglieder und Teamentwicklungsprozesse vorzubereiten und durchzuführen.

### Personelle und materielle Regelungen und zeitliche Vorgaben:

Die Projektgruppe wird im Januar 2007 ihre Arbeit aufnehmen. Ihre Arbeit und Projektierung soll die PG DiFu RP für das Gesamtprojekt bis Ende 2010 abschließen. Alle personellen und materiellen Maßnahmen zur Projektarbeit hat das ISM initiiert und in den Behörden und Einrichtungen dargestellt. Staatssekretär Roger Lewentz leitet die Leitungsgruppe Land. Kollege LPD Manfred Bublies fungiert als Leiter der Geschäfts- und Koordinierungsstelle. Projektleiter ist Kollege POR Reiner Hamm. Um die Arbeit ab Januar 2007 aufnehmen zu können, werden die Personalauswahlverfahren für die Projektgruppe vorbereitet und in personalvertretungsrechtlichen

Beteiligungsverfahren mit den zuständigen Gremien vereinbart.

### Kostenrahmen/Haushaltsüberlegungen:

Die Gesamtkosten des Projektes sind im Kapitel 0302 – Allgemeine Bewilligungen im Entwurf des Doppelhaushaltes 2007/2008 des Landes Rheinland-Pfalz in der Titelgruppe 77 eingeplant. Im Landeshaushalt ist eine Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 96,5 Millionen Euro formuliert.

Wir berichten weiter. **HK**

Anzeige

**Urlaubsreif?**  
Günstiger verreisen mit  
**PSW-Reisen**  
Rheinland-Pfalz GmbH  
01801 PSW Reisen\*  
oder  
0 61 31 – 9 60 09 23  
\*3,9 ct/min aus dem Netz der T-Com

Anzeige



Bis zu **25,5 %** PSW-Rabatt für GdP-Mitglieder beim Kauf eines neuen Opel!



Ein sympathisches Lächeln kommt in die Stadt. Selbstbewusst und herausfordernd tritt der neue Opel Corsa auf mit einer neuen dynamisch-kraftvollen Linienführung. Sein außergewöhnliches Design und zahlreiche technische Innovationen sind in seiner Klasse einmalig.

Opel. Frisches Denken für bessere Autos.



Nikolaus-Kopernikus-Straße 15  
55129 Mainz-Hechtsheim  
(unmittelbar an der A 60)  
Telefon: 0 61 31-9 60 09-31  
Fax: 0 61 31-9 60 09-27  
[psw-rp@gdp-online.de](mailto:psw-rp@gdp-online.de)  
[www.psw-rp.de](http://www.psw-rp.de)



Freuen Sie sich auf ein Auto, mit dem Sie herkömmliche **Grenzen spielend überwinden**: Der neue Opel Antara verwöhnt Sie unter anderem mit großzügigen Platzverhältnissen und einem **perfekt auf den Fahrer zugeschnittenen Cockpit**. Lassen Sie sich packen von technischen Innovationen wie dem **intelligenten Allradantrieb mit elektronisch gesteuerter Kupplung** – und von Ihrer Lust, **mehr zu entdecken**.

Wir informieren Sie gerne und machen Ihnen ein **individuelles Angebot**.

# Besuch in Sachsen und Edinburgh

### Auf große Fahrt in Sachsen

Schon das dritte Jahr in Folge ging die Bezirksgruppe Mainz auf große Fahrt.

In diesem Jahr war Sachsen das Reiseziel. Stationen waren Weimar, Bad Schandau-Krippen in der sächsischen Schweiz, das Kirnitzschtal und das Elbsandsteingebirge, Dresden und Erfurt.



Goethe/Schiller-Denkmal in Weimar

### Partnerschaftsbesuch in Edinburgh

Nachdem im letzten Jahr auf Einladung der Gewerkschaft der Polizei sechs Police Officers aus Schottland zu Gast in Ingelheim und Mainz waren, reisten im Oktober 2006, nun schon zum zweiten Mal in Folge, eine Gruppe von acht Polizisten der GdP-Kreisgruppe des PP Mainz zum Gegenbesuch nach Edinburgh. Dort erwartete uns echte schottische Gastfreundschaft.



Besuch des schottischen Parlaments in Edinburgh (v. l. n. r.): Uwe Hammes, Frank Reinhard, Berthold Reinert, Gordon Rolland (hinten), Jürgen Faier (vorne), Joachim Moritz, Georg Hook, Alister McDermott, Winfried Kohler, Markus Jahnke

### NEONAZI-TREFFEN

Zum wiederholten Mal trafen sich Neonazis am Feld des Jammers, einem ehemaligen Gefangenenlager in der Nähe von Bad Kreuznach. Wegen des Totensonntages war ihnen vom Gericht nur ein „unpolitisches“ Totengedenken erlaubt worden.

seinen persönlichen Erlebnissen in der Nazi-Zeit. Die MdL Nicole Morsblech (FDP) und Carsten Pörksen (SPD) riefen die Demokraten zur Gegenwehr auf. Man dürfe den ewig Gestrigen nicht die Straße überlassen. DGB-Regionvorsitzender



V. l. n. r.: Wolfgang Kron, Pfarrer Pick und Ernst Scharbach

Die Gegendemo der Demokraten war ausgesprochen gut besucht – die Kirchen hatten zu einem Friedensgebet eingeladen. Ex-MdE Kurt Vittinghoff berichtete in seiner Ansprache von

Wolfgang Kron und GdP-Landesvorsitzender Ernst Scharbach erinnerten an das Verbot der Gewerkschaften und die Leiden der Demokraten unter der Gewaltherrschaft.

### RUHESTANDSVERSETZUNGEN

Karl-Heinz Schneider, KG PD Wittlich  
Marliese Horn, KG PD Worms, Aug. 2006

### KG PP/PD KOBLENZ – SENIOREN

## Termine 2007

#### Stammtisch

im Soldatenheim Horchheimer Höhe, Von-Galen-Str. 1, ab 16.00 h  
10. Januar, 7. Februar, 7. März, 4. April, 5. September,  
10. Oktober, 7. November,  
im Wüstenhof, Vallendar, ab 16.00 h  
6. Juni, 1. August

#### Bustour

2. Mai

#### Grillfest

in der Falkensteinkaserne ab 16.00 h  
4. Juli

#### Weihnachtsfeier

im Weinhaus Merkelbach, ab 17.00 h  
5. Dezember

Horst-Peter Birk, Schriftführer

### WIR TRAUERN UM

Heinrich Hahn, Neuwied/Altenkirchen, 82 Jahre

Manfred Schneider, Bepo Schifferstadt, 63 Jahre

Wir werden ihnen ein ehrendes Andenken bewahren.